

Kipp-Punkte

Kampagne der Friedensbewegung: Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion und den Völkern Osteuropas – Hintergründe und Akteure¹

1 Allgemeines zu Initiativen der deutschen Friedensbewegung „Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion und den Völkern Osteuropas“

Ich war von 1985 bis 1991 als Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) - als einer von vielen Akteuren² - verantwortlich an der Kampagne der Friedensbewegung „Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion“ beteiligt. Jetzt möchte ich evaluieren, was daraus geworden ist. Meine Familie und auch ich haben das ambivalente Verhältnis zwischen Russland und Deutschland mit fast all seinen Tiefen erlebt. Erwachsen daraus ist das Bemühen, durch Engagement in zivilgesellschaftlichen Initiativen und im politischen Leben zu einem Ausgleich beider Länder und möglichst auch zur Versöhnung zwischen den Völkern nach den Schrecknissen des 2. Weltkrieges beizutragen.

Wir erlebten zwei historische Stereotypen: zum ersten gegenseitige Anstrengungen, den anderen zu unterwerfen, zum zweiten ideologisch verfestigte Feindbilder (Diedrich 1989: 39). Das erste Stereotyp gipfelte in dem Frieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 mit dem bolschewistischen Russland und später mit dem am 22. Juni 1941 begonnenen gnadenlosen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion des „Unternehmens Barbarossa“. Schon am 30. März 1941 hatte Hitler in einer Rede vor Befehlshabern der Wehrmacht einen rassenideologischen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion ohne Bindung an kriegsrechtliche Normen angekündigt. Das zweite Stereotyp waren die zerstörerischen, menschenfeindlichen Ideologien des Antibolschewismus/ Antikommunismus und des Antisemitismus, die sich als Feindbild ausweislich der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und des Widerstandes gegen eine Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion tief in das politische Bewusstsein der Deutschen eingefressen hatten.

Das Drängen auf Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion war eine späte, aber nicht zu späte Reaktion auf die deutsche Schuld aus dem Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Als erster wies Altbischof Dr. Werner Krusche, früherer Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Magdeburg, auf das Versäumnis hin. Er sagte bei dem Kieler Friedenskongress der EKD und der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche „Gottes Friede den Völkern“ 1984:

¹ Dieser Zeitzeugenbericht ist etwas ausführlicher für Leserinnen und Leser geschrieben, die die Jahre 1984 bis 2025 nicht selbst erlebt haben. Vgl. auch Wette 1989: 87-116).

² In der „Liste von Referentinnen und Referenten und Material zum Thema Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion“ vom 4.10.1987 hat die AGDF das Ausmaß der Beteiligung bundesweit dokumentiert. (Ordner AGDF I 1966- 1993, 1987/5).

„Die Ausblendung der besonderen Schuld gegenüber dem zur Vernichtung bestimmt gewesenen Sowjetvolk ist der verhängnisvollste und folgenschwerste Vorgang in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Eine Kirche, die diese besondere Schuld nicht sehen konnte und wollte, hatte und hat einer antikommunistisch emotionalisierten Politik mit ihren Folgewirkungen nichts entgegenzusetzen.“³

Dem Impuls folgten in großer Breite verfasste Kirchen und zivilgesellschaftliche christliche und säkulare Initiativen, u.a.: die badische Landeskirche 1985 (Arbeitsgruppe „Aussöhnung mit dem Osten“), die Ev. Kirche von Westfalen 1985 (Votum der Synode, Arbeitsgruppe „Solidarische Kirche Lippe und Westfalen“), die Ev. Kirche im Rheinland 1986 (Synode), Ev. Kirche in Hessen und Nassau 1987, EKD 1986 (Synode), Evangelische Akademien (z.B. Mülheim/Ruhr 1987, Pforzheim - Hohenwart 1987, Iserlohn 1987, Hofgeismar 1987, Tutzing 1988), Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) Hannover 1987, Deutscher Ev. Kirchentag in Frankfurt/Main 1987, Friedenskonsultationen der landeskirchlichen Friedensausschüsse und Christlichen Friedensdienste Baden 1987, Ökumenische Friedenswoche 1987, Arbeitsgruppe Sowjetunion im Koordinationsausschuss der Friedensbewegung (KA) 1989/1990, Darmstädter Signal, Friedensdienste der AGDF.

Die AGDF war an vielen dieser Initiativen beteiligt. Maßgeblich und verantwortlich hat sie an der ersten Deutsch-Sowjetischen Friedenswoche (24.-31.5.1989) unter dem Motto „Das Denken modernisieren - Frieden gemeinsam schaffen“ in der Arbeitsgruppe „Sowjetunion im Koordinationsausschuss der Friedensbewegung“ (KA) mitgewirkt. Zum Inhalt hatte sie ein Expertenseminar in Bonn mit 150 Aktiven, Politikern und Wissenschaftlern aus der Sowjetunion und der Bundesrepublik. Der Anspruch war, einen Beitrag zur „Volksdiplomatie“ zu leisten. Die Friedenswoche mit dem Sowjetischen Friedenskomitee (SFK), vorbereitet von Kurt Faller (VVN), Martin Gräbner (Grüne), Gerd Pflaumer (Gustav-Heinemann-Initiative GHI) und Ulrich Frey (AGDF) in Moskau⁴, fand gemäß Verabredung mit dem SFK im zeitlichen Zusammenhang mit dem Staatsbesuch von Michail Sergejewitsch Gorbatschow (Generalsekretär des Zentralkomitees der KPDSu seit 1985) am 12. bis 15. Juni 1989 statt.

Gorbatschow hatte entscheidenden Anteil an dem Aufschwung der deutsch-sowjetischen Friedensarbeit durch seine Politik im Sinne von „Glasnost“ („Offenheit“) und „Perestroika“ („Umbau“, vgl. Ulrich Frey 1989). Ein Jahr später folgte die zweite Deutsch-Sowjetische Friedenswoche (31. August bis 8. September 1990).⁵ Hierzu flogen 120 Aktive aus bundesdeutschen Friedensgruppen und erstmals auch aus der DDR sehr unterschiedlicher Herkunft zu 16 gastgebenden lokalen Gruppen in Republiken im europäischen Teil der Sowjetunion. Die Gäste aus der DDR hatten wir nach der noch frischen ersten demokratischen Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 spontan zur Teilnahme an diesem gesamtdeutsch wichtigen „Unternehmen Frieden“ eingeladen. Tatkräftig unterstützt haben die Arbeit vor Ort in Moskau Kristian Golla (Friedenskooperative) und Bernd Lülsdorf, Zivildienstleistender der AGDF. Am Ende der Reise fanden in Moskau ein Seminar und ein Erfahrungsaustausch statt.

³ Friedensausschuss der Ev.-ref. Kirche in NWD, Werkmappe zur Friedenswoche 1987. Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion, S. 3; vgl. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste u.a.m. (Hrsg.) 1985

⁴ Vgl. Ordner AGDF I 1966 – 1993, 1989/6.

⁵ Details sind nachzulesen in dem Reader zur Vorbereitung auf eine Reise in die Sowjetunion „Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion“, verfasst von Bernd Lülsdorf (AGDF 1990, 79 Seiten).

In Erinnerung geblieben sind viele Ereignisse und Begegnungen, so ein denkwürdiger ökumenischer Gottesdienst am Hauptsitz der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) im neu eingeweihten Danilow-Kloster, den die deutsche Gruppe und die Verantwortlichen der ROK gemeinsam vorbereiteten und feierten. Den für einen orthodoxen Gottesdienst notwendigen Chor bildeten die friedensbewegten Deutschen aus der BRD und der DDR. Wir übten unsere Lieder während der Busfahrt zum Danilow-Kloster. Unser Zivildienstleistender Bernd Lültsdorf, ein studierter katholischer Theologe, predigte. Die liturgischen Teile sprach ich. Der Lohn waren am Ende brüderliche Umarmungen mit den russischen Geistlichen. Das war der einzige ökumenische Gottesdienst mit der orthodoxen Kirche in meiner nicht armen Ökumene-Praxis. Tiefe russische, auf die eigene Person bezogene Religiosität erlebte ich einem Gottesdienst in einem baptistischen Gottesdienst.

Ein anderer emotionaler Höhepunkt war die Gedenkfeier bei den Panzersperren an der Fernstraße 105 Moskau – Leningrad zwischen dem Flughafen Moskau-Scheremetjewo und dem Moskauer Stadtgebiet, wenige Kilometer vor Moskau. Dort rauschte der Verkehr achtlos vorbei, nicht unser Bus. Vermutlich bis hierhin waren die deutschen Panzerspitzen der Heeresgruppe Mitte der Wehrmacht bis zum 5. Dezember 1941 vorgedrungen. Ich wollte an diesem historischen Ort eine Erinnerung zelebrieren. Auf meine Anregung hin richtete das Sowjetische Friedenskomitee (SFK) einen freundlichen Empfang für uns alle an den Panzersperren aus. Nach russischem Brauch wurden uns Brot und Salz als Willkommensgruß gereicht. Das war wegen der deutschen Schandtaten eine überraschende und nicht erwartbare Geste, die einen tiefen Eindruck hinterließ. In meiner Danksagung betonte ich, dass wir ohne Waffen und mit dem Wunsch nach Versöhnung hier standen.

Beide Friedenswochen fanden in der Zeit statt, als Sergej Gorbatschow als Chef der KPDSu mit der „Perestrojka“ und mit „Glasnost“ die verkrustete Sowjetunion zu reformieren versuchte. Wir wurden Zeugen dieser Arbeit bei Beobachtungen im Stadtbild, in Gesprächen mit unseren offiziellen sowie privaten Gastgebern, in Kirchen, bei Literatur-Lesungen z.B. mit Tschingis Aitmatow, bei einem Zirkusbesuch und den vielen Gesprächen bei den lokalen Gastgebern in den Republiken. Bei den Gesprächen mit Offiziellen und Wissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften, z.B. L. G. Istjagin, und dem Arbatow-Institut für USA- und Kanadastudien fiel mir auf, dass die Lehren des Marxismus-Leninismus im Laufe meiner insgesamt sieben Besuche in der Sowjetunion seit 1977 (World Conference of Religious Leaders der Russisch-Orthodoxen Kirche) immer weniger dominierten. Inhaltlich ging es schließlich im Wesentlichen um den Humanismus.

Mit einigen der kooperierenden „Sowjetmenschen“ entwickelten sich nach mehreren Begegnungen Ansätze für persönliche freundschaftliche Beziehungen, die aber nach dem Ende der Austausch abbrachen. Von den Nazis wurden wir ausdrücklich unterschieden. Die Gastfreundschaft war sehr herzlich und wurde mit viel Wodka bei Trinksprüchen begossen. Den Kampf gegen den Alkohol-Missbrauch verlor Gorbatschow allerdings. Beim Besuch eines Wochenmarktes überraschten mich rechtsradikale Buttons und Sprüche. Die Abreise wäre fast wegen täglicher organisatorischer Probleme gescheitert, weil die vom SFK bestellten Busse nicht kamen. Unsere 120 Reisenden saßen auf gepackten Koffern und warteten ungeduldig. Sie wollten nach Hause. Der Flieger würde nicht warten. Ich drängte Karen Gontscharow, meinen Partner beim SFK für das Management der Reise, für schnelle Abhilfe zu sorgen. Er

telefonierte lautstark mit den Verantwortlichen. Noch gerade rechtzeitig standen dann die Busse vor der Tür.

Vorbereitet wurde diese Reise der 2. Deutsch-Sowjetischen Friedenswoche durch eine kleine Kontaktgruppe von Werner Koep-Kerstin (Gustav-Heinemann-Initiative) und mir beim Sowjetischen Friedenskomitee (SFK) in Moskau und Leningrad. Ich erinnere mich an unsere kompetente jüdische (!) Fremdenführerin. Sie zeigte uns u.a. die Schätze der Eremitage. Sie brachte uns, was wichtiger war, die grausame Belagerung von Leningrad durch die Deutschen an 872 Tagen (8. September 1941 bis 27. Januar 1944) näher. Wir wurden still auf dem Friedhof Piskarjowskoje. Hier liegen 450.000 Zivilisten und 50.000 Soldaten in Massengräbern. Von geschätzten 1,1 Millionen Toten in Leningrad sind 900.000 verhungert. Die Einschließung und Blockade von Leningrad sollten auf Hitlers Befehl die Stadt vernichten. Das war eines der schlimmsten Kriegsverbrechen des Krieges.

Die Reise unter der Leitung von Prof. Dietrich Goldschmidt (Vorsitzender der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste) war ein Erfolg. Die Bereitschaft, gemeinsam mit den Deutschen in Frieden zu leben, teilten unsere Gastgeber ausdrücklich. Viele Teilnehmende berichteten später von fortgesetzten schriftlichen und gegenseitigen Besuchen. Einige Städtepartnerschaften entstanden. Es war eine der wenigen Möglichkeiten, mit Menschen in der Sowjetunion zu sprechen, die im „Westen“ in der Regel nur durch den Schleier des ideologischen Antikommunismus wahrnehmbar waren, jedoch den Krieg als existenziellen Einbruch in ihr Leben erdulden mussten. Den Bezug auf die schwierigen Zeiten markierten unsere Gesprächspartner bezeichnender Weise mit Worten wie: „Das Leben zeigt ...“ Über konkrete Details des Krieges und aus der Stalin-Zeit erzählten unsere Gastgeber von sich aus nichts oder nicht viel.

In diesen Abschnitt gehören auch andere einschlägige Unternehmungen. Zu erinnern ist an eine Kontaktreise nach Moskau auf Einladung der EKD 1983 (?) mit den in der Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“ von 1982 (4. Auflage) genannten Organisationen. In lebhafter Erinnerung ist der Besuch des Museums zum „Großen Vaterländischen Krieg“ in Minsk, der kritische Diskussionen unter uns auslöste. Ich begleitete als Vertreter der AGDF im Kuratorium der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte (IBB) bei mehreren Besuchen in Minsk/Belarus den Bau und die Einweihung (1997) der IBB „Johannes Rau“. Die IBB widmete sich dem ökumenischen Dialog, der nachhaltigen Entwicklung und dem Lernen aus der Geschichte, ferner der Einrichtung der Geschichtswerkstatt (2003) über die Juden in Minsk, der Einrichtung der Gedenkstätte des in Europa bisher kaum bekannten Vernichtungslagers Trostenetz (2014) („Auschwitz“ in Belarus) und im Wald von Blagowschtschina für Juden aus Europa sowie der Gedenkstätte Chatyn bei Minsk. Als Mitglied des Vorstandes der Martin-Niemöller-Stiftung (MNS) war ich beteiligt an der Unterstützung des Dorfes Peremoha (zu Deutsch: Sieg)⁶, das Deutsche - wie viele andere Dörfer - verheerten. Frauen und Männer wurden von dort zur Zwangsarbeit in das Deutsche Reich verbracht. Die MNS unterstützte den Wiederaufbau des Dorfes und hielt im Austausch den Kontakt zu den Bewohnerinnen und Bewohnern.

⁶ Eine ausführliche Information findet sich in der Broschüre der Martin-Niemöller-Stiftung „Die Arbeit der Martin-Niemöller-Stiftung“ unter dem Titel „Streiten für den Menschen“, 2002, S. 18-30.

Einige Aspekte der langjährigen Arbeit sollen nun unter dem Gesichtspunkt der Evaluierung vertieft werden. Sie beeinflussten während des Krieges und danach unser gesellschaftliches Handeln.

2 Wichtiges über die Sowjetunion (UdSSR)⁷

Wer heute von der „Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion und den Völkern Osteuropas“ spricht, muss einen langen Weg in die deutsch-russische Geschichte zurücklegen, um zu verstehen, was sich hinter dieser Formel verbirgt.

Geburtshelfer der Sowjetunion waren preußisch-deutsche Führungseliten, die den 1. Weltkrieg entfacht hatten, den ersten industriellen und totalen Krieg des 20. Jahrhunderts, um „den Griff nach der Weltmacht“ zu versuchen. Dazu musste das russische Reich besiegt werden. Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, in den 20er Jahren deutscher Botschafter im revolutionären Russland und Entwickler der deutsch-sowjetischen Beziehungen, hatte schon 1915 gesagt: „Der Sieg und als Preis der erste Platz in der Welt ist aber unser, wenn es gelingt, Russland rechtzeitig zu revolutionieren ...“ (vgl. Rolf-Dieter Müller 1989: 70). Dazu verhalf die kaiserliche Regierung dem russischen Emigranten Wladimir Iljitsch (Uljanov) Lenin aus Zürich und seinen bolschewistischen Genossen (der kleinen Partei der Bolschewiki) mit deutscher Unterstützung und Geld zur Rückkehr in das damalige Petrograd, wo er die russische Revolution mit einem Putsch gegen den Diktator Kerenski und der Bildung einer Regierung der Volkskommissare begann.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) erwuchs als eine föderale Union aus nationalen sozialistischen Republiken und Regionen. Sie entstand am 30. Dezember 1922 nach der Oktoberrevolution (25. Oktober / 7. November 1917) und dem Sieg der sozialistischen Bolschewiki im Bürgerkrieg über die bürgerlichen Menschewiki. Der Gründung waren seit 1917 blutige Kämpfe zur Überwindung des „Völkergefängnisses“ vorausgegangen, als das Lenin das untergegangene Zarenreich bezeichnet hatte. Staaten und Regionen der UdSSR wurden nach der russischen Föderation, der größten Republik der UdSSR: Armenien, Aserbaidschan, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisien, Lettland, Litauen, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenien/Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan, Weißrussland/Belarus. Sie kooperierten unter dem Leitwort der „Völkerfreundschaft“ (Stalin), waren aber in ihrer Gesamtheit kein zentralistischer Staat.

Die Bolschewiki lösten nach ihrem Sieg in der Zeit des „Kriegskommunismus“ (1918 - 1921) zunächst die zaristischen Kader gewaltsam zugunsten der bolschewistischen „Räte“ auf. Diese Phase war von radikaler Zwangswirtschaft gekennzeichnet. Industrie, Großgrundbesitz und Banken wurden verstaatlicht, die Wirtschaft – Produktion und Verteilung von Gütern – zentralisiert. Terror des Einparteienstaates unter der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) (Bolschewiki) war das häufigste Mittel zur Durchsetzung dieser Ziele. Die Bolschewiki kämpften alle Widerstände z. B. der Bauern gegen Enteignungen nieder. An der Wolga starben 5 Millionen Menschen an Hunger. Als der Kriegskommunismus letztlich scheiterte, führte Lenin im Zuge der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) privatwirtschaftliche Reformen durch.

⁷ Vgl. u.a. Rolf-Dieter Müller 1989: S. 70ff. und Dietrich Goldschmidt (Hg.) 1989; S. 70ff.

Im politischen Bereich wurde die Opposition ausgeschaltet. Der skrupellose Einsatz von Terror blieb aber die Norm.

Das bolschewistische Russland war kein Vertragspartner des Friedensvertrages von Versailles vom 28. Juni 1919. Das Deutsche Reich führte 1915 - 1918 einen gesonderten Krieg gegen Russland. Im Diktat-Frieden von Brest-Litowsk am 3. März 1918 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn, der Türkei, Bulgarien und der Sowjetunion verzichtete Sowjetrußland u.a. auf Gebiete in Polen. Die Ukraine und Finnland wurden als selbständige Staaten anerkannt. Die baltischen Republiken Litauen, Lettland und Estland wurden aus der Sowjetunion gelöst und wieder selbständig, aber durch den späteren Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, ausgehandelt von Molotow und Joachim von Ribbentrop, erneut Republiken der Sowjetunion. Der erzwungene Frieden von Brest-Litowsk 1918 „bestärkte den Drang zu einer kriegerischen Durchsetzung deutscher Weltmachtansprüche“ (Müller 1989, S. 72).. Zar Nikolaus II. dankte am 15. März 1917 ab, wurde gefangen gesetzt und am 16. Juli 1917 mit seiner Familie erschossen.

Am 21.1.1924 starb Lenin. Josef Wissarionowitsch Stalin machte dann die KPdSU gegen den testamentarisch festgelegten Wunsch Lenins, Leo Dawidowitsch Trotzki (ermordet 1940) als seinen Nachfolger zu installieren, zu seinem diktatorisch gewandelten politischen Instrument. Er verheimlichte Lenins Testament und setzte sich als dessen „legitimen Nachfolger“ durch. Stalin bewirkte durch eine „Revolution von oben“ eine stärkere strukturelle Veränderung des Staates als die Oktoberrevolution. Er schaltete Trotzki und alle ihm gefährlichen Genossen aus. Zwischen 1922 und 1924 tauschte er 16.000 Funktionäre in Partei und Verwaltung („Apparat-schicks“) gegen Personen seines Vertrauens aus. 1928 beendete Stalin die NÖP und führte den 1. Fünfjahresplan zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft ein. Die Landwirtschaft wurde unter großen menschlichen Opfern kollektiviert. In der Ukraine verhungerten 1932/1933 mindestens 3,5 Millionen Menschen (Holodomor).

Höhepunkt der Stalin'schen Diktatur waren die Schauprozesse gegen die „trozkistische“ Opposition (1936 - 1938). Zwischen 1936 und 1942 wurden vermutlich zehn bis zu elf Millionen vermeintliche Gegner Stalins liquidiert oder zur Haft in den Straflagern des GULAG verurteilt. Von 6.000 Stabsoffizieren der Armee „verschwanden“ 1.500. Stalin ließ alle 1919 gewählten Mitglieder des Politbüros bis 1930 als „unzuverlässig“ hinrichten. Zahlreiche vor den Nazis geflohene Kommunisten und andere quartierte Stalin im Hotel „Lux“ in Moskau ein, wo sie in ständiger Angst lebten. Am 5. März 1953 starb Stalin. Seine Nachfolger als Erste Sekretäre der KPDSu waren Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1953 - 1964), Leonid Iljitsch Breschnew (1964 - 1982), Jurij Wladimirowitsch Andropow (1982 - 1984) und Konstantin Tschernenko (1984 - 1985).

Der letzte Generalsekretär der KPdSU war ab 1985 Michail Sergejewitsch Gorbatschow. Das politische Klima während seiner Zeit - einer Phase der Entspannung zwischen den Großmächten und Europa - begünstigte die Bemühungen um eine Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion. Gorbatschow vollzog eine radikale Kehrtwende der sowjetischen Politik mit den Schwerpunkten „Glasnost“ (Öffentlichkeit) und „Perestrojka“ (Umbau). In der Folge brachen nationale Konflikte aus. Einige Sowjetrepubliken erklärten ihre Selbständigkeit und ihre nationale Sprache zur Amtssprache anstelle des Russischen, u. a. die baltischen Staaten. Im Juli 1991 löste sich der Warschauer Pakt auf. Am 24. August 1991 trat Gorbatschow vom Amt des Generalsekretärs der KPdSU zurück. Am 8. und 21. Dezember 1991 beschlossen Russland,

Weißrussland, die Ukraine, Armenien, Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgisistan, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) sowie formal das Ende der Sowjetunion. Am 25. Dezember 1991 trat Michail Gorbatschow offiziell als sowjetischer Präsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte zurück. Er übertrug die Kontrolle über die sowjetischen Atomwaffen an Russland. Am 31. Dezember 1991 löste sich die Sowjetunion formell auf. Boris N. Jelzin wurde am 12. Juni 1991 zum Präsidenten der RSFSR gewählt. Am 31. Dezember 1999 trat er zurück und übergab die Amtsgeschäfte des Ministerpräsidenten an Wladimir Putin.



Aus: Jochen Hellbeck: Ein Krieg wie kein anderer. Der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Eine Revision, S. Fischer, 2025, S. 112

3 Krieg zwischen Russland und Deutschland – und keine Versöhnung

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles am 28. Juni 1919 zum Abschluss des 1. Weltkrieges befriedete Deutschland nicht. Er wurde von der Mehrheit der Deutschen als ein Diktatfrieden gewertet. Propagiert wurde der „Kampf gegen Versailles“ sowie gegen die „Erfüllungspolitik“ (Teilabrüstung auf ein Hunderttausend-Mann-Heer ohne schwere Waffen, Degradierung Deutschlands zu einer europäischen Mittelmacht). Auch die Siegermächte, insbesondere Frankreich, sannen auf Revision. Eine gesamteuropäische Konferenz unter Einschluss Russlands zur Schaffung einer stabilen Friedensordnung und der Rahmenbedingungen für einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufstieg waren aber nötig. Wegen des Widerstandes der Sowjetunion und der deutschen Seite platzte die geplante Konferenz in Genua. Stattdessen schlossen die Sowjetunion und Deutschland am 16. April 1922 den Vertrag von Rapallo, der die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten, die Anerkennung der Grenzen und den Verzicht auf Reparationen brachte.

Der Vertrag bewirkte einerseits Misstrauen der europäischen Mächte wegen des deutschen Sonderweges und deutete andererseits ein späteres Zusammengehen mit Russland an. Die Sowjetunion benötigte die Hilfe des deutschen Kapitals und Militärs gegen die Nöte aus dem „Kriegskommunismus.“ Reichskanzler Gustav Stresemann (Deutsche Volkspartei) erreichte in

der Folgezeit mit der Politik der „Ost-West-Balance“ eine Verständigung zwischen Ost und West über die Grundzüge des deutsch-russischen Verhältnisses. In der Konferenz von Locarno (5.-16. Oktober 1925) erreichten Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei eine umfassende Einigung über die Sicherheit der Grenzen und ein Schiedsabkommen. Der deutsch-sowjetische Freundschaftsvertrag vom 24. April 1926 (Berliner Vertrag) ermöglichte im Hintergrund die Vertiefung von militärischen und rüstungswirtschaftlichen Geheimkontakten. Die Reichswehr kooperierte bis zur Machtübernahme Hitlers 1933 bei der Aufrüstung der Roten Armee (Müller 1989: 78ff.). Am 8. September 1926 nahm der Völkerbund das Deutsche Reich als Mitglied auf.

Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich sanken 1937/1938 auch wegen der „Säuberungspolitik“ Stalins gegen das Offizierskorps der Roten Armee auf einen Tiefpunkt. Hitler war zu einem Angriff auf die Sowjetunion entschlossen, um „Lebensraum im Osten“ zu gewinnen. Die „Appeasement Politik“ der Westmächte nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich und der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren 1938 brachten Hitler nicht vom Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. August 1939 ab, verhandelt von Stalins Stellvertreter Außenminister Wjatscheslaw Molotow und Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop. In dem geheimem Zusatzprotokoll fixierten die Minister die beiderseitigen Interessen in Ost-Mitteleuropa: Beide Staaten wollten sich Polen aufteilen, Russland die baltischen Staaten annektieren. Am 1. September 1939 fielen deutsche Truppen in Polen ein. Hitler wollte Polen brutal zerstören. Ein großer Teil Westpolens wurde dem Deutschen Reich zugeschlagen. Die Mehrheit der Bevölkerung vertrieben die Deutschen in das Protektorat des „Generalgouvernements“. Die Polen sollten „als führerloses Arbeitsvolk“ und als „Wanderarbeiter“ grobe Arbeiten verrichten. Die Juden sollten ausgerottet werden. Die Sowjetunion brachte Tausende Angehörige der polnischen Eliten Polens bei Katyn um (Hellbeck 2025: 145).

Ein jüdischer Kommissar schaufelt sein eigenes Grab (Originalunterschrift 1941), aus: Jochen



Hellbeck: Ein Krieg wie kein anderer. Der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Eine Revision, S. Fischer, 2025, S. 157

Am 22. Juni 1941 griff die Wehrmacht unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ mit drei Millionen Soldaten an einer Frontlinie von 2900 Kilometern mit Artillerie und Kampflugzeugen ohne Kriegerklärung und ohne vorherige Propaganda die Sowjetunion an, um die Rote

Armee zu vernichten. Die Wehrmachtspropaganda verunglimpfte sowjetische Menschen als „Untermenschen“. Die sowjetische Bevölkerung sollte vertrieben, versklavt und getötet werden. Der Kriegsgerichtsbarkeitserlass der Wehrmachtsführung forderte von den Soldaten, Gegner auch bei passivem Widerstand zu erschießen. Verbrechen deutscher Soldaten blieben straffrei, wenn der Täter sowjetfeindliche Motive geltend machte. Hitler führte den Krieg als ein Kräftemessen zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus: „Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf ...“. Die politischen Kommissare der Roten Armee personifizierte Hitler als die Träger des „jüdischen Bolschewismus“. Der berühmte „Kommissarbefehl“, Kommissare bei Gefangennahme rücksichtslos zu erschießen, verstieß gegen geltendes Kriegsrecht und zirkulierte nur mündlich (Christian Streit 1989: 106).

Stalin wurde durch sowjetische Agenten über deutsche Angriffspläne informiert, glaubte ihnen aber nicht. Als der Angriff überraschend erfolgte, ließ Stalin seinen Stellvertreter Wjatscheslaw Molotow die Nachricht per Radio verbreiten. Intern wertete die sowjetische Führung Hitlers „Kreuzzug“ (Molotow) als existenzielle Bedrohung der UdSSR. Stalin erhob den Krieg gegen die deutschen Faschisten im Einklang von Führung und Gesellschaft zum „Großen Vaterländischen Krieg“. Er sprach erst am 3. Juli 1941 zum Volk von „Leben und Tod des Sowjetstaates“ (Jochen Hellbeck 2025: S. 271). Als die Deutschen in der Nacht vom 14. zum 15. Oktober 1941 die russische Verteidigungslinie von Moschaisk durchbrachen, ordnete die sowjetische Führung tags darauf die sofortige Evakuierung des größten Teils der Regierung ins Landesinnere an und bereitete die Zerstörung von Fabriken, Bürogebäuden und Lagerhäusern vor. Die verängstigten Einwohner Moskaus drängten sich zu Tausenden auf den Bahnhöfen. Vor den Augen der Öffentlichkeit verborgen wartete ein Sonderzug mit dampfender Lokomotive, um Stalin und sein Gefolge in den Ural zu evakuieren. Er entschied aber, in Moskau zu bleiben. Stalin befahl auch, die Vorbereitungen für die übliche Parade am 7. November auf dem Roten Platz fortzusetzen (Jochen Hellbeck 2025: 283ff.).

Chatyn, ein kleines Dorf im Gebiet Minsk, ist ein Beispiel dafür, wie der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, auf die Partisanen reagierte, die die Wehrmacht durch ihre Aktionen beträchtlich herausforderten. Deshalb überfiel am 22. März 1943 das Schutzmannschafts-Bataillon 118 und das SS-Sonder-Bataillon „Dirlewanger“ als Vergeltung für Partisanen-Angriffe das Dorf. Sie plünderten es und trieben die 149 Einwohner in eine Scheune, die sie in Brand setzten. Nur der Schmied Kaminskij und drei Kinder überlebten das Morden im Feuer. 185 Betonblöcke erinnern an Dörfer, die in ähnlicher Weise wegen der Partisanen-Angriffe vernichtet wurden. Chatyn ist heute eine nationale Gedenkstätte in Belarus (vgl. Jochen Hellbeck 2025: 347ff.; vgl. auch Wolfram Wette 2002: 128f und 130ff.).⁸

Am 5. Dezember 1941 begann die sowjetische Gegenoffensive als ein harter Vernichtungsfeldzug gegen die deutschen Faschisten (Jochen Hellbeck 2025: 283ff.).⁹ Nach der Niederlage der Deutschen in der Schlacht um Stalingrad 1942/1943 wusste Hitler, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war (Wolfram Wette 2002: 188f.). In den letzten Kriegstagen waren die Befehle „zur Verteidigung des Reiches“ solche zur Zerstörung. Hitler ordnete mit dem

⁸ Informationen über die Ermordung von sowjetischen Zivilisten und dem Niederbrennen von Ortschaften „im rückwärtigen Heeresgebiet“ durch die so genannten Sicherungsdivisionen unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung. Besonders hart betroffen waren die Juden („Jude gleich Partisan“).

⁹ Vgl. Nach Sönke Neitzel war der deutsche Feldzugplan bereits im Herbst 1941 gescheitert, weil die Masse der Roten Armee nicht wie geplant in der ersten Phase des Krieges vernichtet worden war (Neitzel 2020, S. 145)

„Nerobefehl“ vom 19. März 1945 die „Taktik der verbrannte Erde“ auf dem Gebiet der Sowjetunion und auf deutschem Gebiet an. Ca. 1.700 kleinere Städte und 70.000 Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht (Wolfram Wette 2002: 191; Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe u.a. 1987: 25f.; Evangelische Akademie Baden (Hg.) 1987). Doch das half nichts mehr. Am 7. Mai 1945 erfolgte in Reims die deutsche Gesamtkapitulation. Sie wurde am 9. Mai 1945 im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst wiederholt. Das bedeuteten endlich die Tage der Befreiung von der NS-Diktatur für Polen und die Sowjetunion, aber auch für die Deutschen.

Die Legende, die Wehrmacht habe sich nicht an den deutschen Verbrechen beteiligt („saubere Wehrmacht“), widerlegten Historiker und die beiden Wehrmachtsausstellungen (1995 – 1999 und 2001 – 2004), letztere in Bezug auf den Holocaust, Plünderungen, Massenmorde und die Vernichtung von Kriegsgefangenen. Manfred Messerschmidt (Militärgeschichtliches Forschungsamt) charakterisierte den „Angriffskrieg gegen die Sowjetunion“ als ein „von der „Wehrmacht-, Heeres-, Luftwaffen- und Marineführung mitgeplantes kriminelles Ereignis“, das „den absoluten Tiefpunkt der deutschen Militärgeschichte darstellt.“ (Wolfram Wette 2002: 245ff. und 264 ff.) Der letzte Wehrmachtsbericht des Großadmirals Karl Dönitz, Hitlers Nachfolger als Staatsoberhaupt, vom 9. Mai 1945 kolportierte die Legende, die deutsche Wehrmacht sei „am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll unterlegen“ (Wolfram Wette 2002: 204f.).¹⁰

Bilanz des Todes: Himmlers „Generalplan Ost“ sah die Deportation von Millionen Russen aus den eroberten Gebieten nach Sibirien und dafür die Ansiedlung von Deutschen aus dem Reich in russischen Kolonien vor. Die Russen sollten versklavt, nicht wie Juden ausgerottet werden. Die Zahl der menschlichen Opfer des Krieges auf sowjetischer Seite wird auf 25 – 40 Millionen geschätzt. Die Mehrheit der Opfer – 15,2 Millionen Menschen – waren sowjetische Zivilisten. Während der Belagerung von Leningrad (8. September 1941 – 27. Januar 1944) starben 900.000 Menschen. Teile der russischen Bevölkerung mussten in Deutschland Zwangsarbeit leisten. 300.000 polnische Kriegsgefangene waren Zwangsarbeiter in Deutschland, im Frühsommer 1940 über 1 Million. Polen (schon ab 1939/1940) (Wolfram Wette 2002: 104f.) und die Sowjetunion waren die Schauplätze eines gnadenlosen rassenideologischen Vernichtungswahns gegen die Juden mit dem Ziel der „Endlösung der Judenfrage“ (Holocaust). 2,6 Millionen Juden in Sowjetrußland wurden 1941 umgebracht. Von den 3,3 Millionen Juden in Polen überlebten die Ermordung durch Gas, Arbeit und Hunger nur 380.000. Die Vernichtung der europäischen Juden in dem rassenideologischen Krieg war eine moralische Katastrophe (Wolfram Wette 1989: 93).

Noch nach den Juden rangierten in der Rangordnung der Unterdrückung die sowjetischen Kriegsgefangenen. 5,7 Millionen Rotarmisten gerieten in deutsche Gefangenschaft. 3,3 Millionen (= 57 %) starben dort an Unterernährung, epidemischen Krankheiten, der Kälte und Erschöpfung ohne jeglichen Schutz durch die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907 und gegen die Grundsätze des allgemeinen Kriegsvölkerrechts. 2,4 Millionen Gefangene mussten als Zwangsarbeiter in der deutschen Kriegsindustrie schuften (Christian Streit 1989: 102ff.; Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe u.a. 1987: 25f.). In Polen starben im Krieg geschätzt 240.000 Soldaten und 5.360.000 Zivilisten. In sowjetischer Kriegsgefangenschaft starben geschätzt 1,1 Millionen deutsche Soldaten, an der Ostfront

¹⁰ Zusammen mit der „Generalsdenkschrift“ (November 1945) diente der Wehrmachtsbericht der Verteidigung der Angeklagten im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess.00001.

fielen 2,7 Millionen Soldaten, also knapp über die Hälfte der insgesamt 5,3 Millionen im Zweiten Weltkrieg ums Leben gekommenen deutschen Soldaten (Wolfram Wette 2002: 182; Jochen Hellbeck 2025: 319f.). Ca. 600.000 Zivilisten starben in Deutschland, u.a. im Luftkrieg.

Der Kriegszustand zwischen Deutschland und der Sowjetunion und Polen endete erst durch den „Zwei und Vier - Vertrag“ vom 12. September 1990 in Moskau („Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“) zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten. Er regelte die vollständige Souveränität der Bundesrepublik Deutschland. Der Vertrag beendete die Jahrzehnte lang virulente „querelle allemande“ im Herzen Europas. Die DDR war als Staat anerkannt. Die Oder-Neiße-Linie war als Grenze zu Polen festgelegt, was gegen den Widerstand zahlreicher Deutscher, insbesondere der Heimatvertriebenen, den endgültigen Verlust ehemals deutschen Territoriums bedeutete. Die Versöhnung mit Polen war damit völkerrechtlich erfolgreich.

4 Welches waren die außen- und sicherheitspolitischen Grundannahmen, von denen die Kampagne ausging? Was gilt heute?

Die Entspannungspolitik lieferte die außen- und sicherheitspolitischen Grundannahmen, von denen die Kampagne „Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion“ ausging. Entspannung bedeutet allgemein den Abbau von Spannungen in internationalen Beziehungen zur Verringerung von Kriegsrisiken ohne Konflikte unterschiedlicher Art. Die Leitidee waren eine friedliche Koexistenz und die Idee der „Gemeinsamen Sicherheit“. Die EKD trug zur Entspannungspolitik vorbereitend in der Bundesrepublik durch die Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ (Ostdenkschrift, Oktober 1965) bei (Aktion Sühnezeichen/ Krusche 1985: 21). Die katholischen Bischöfe in Polen schrieben im November 1965 in ihrer „Botschaft an ihre deutschen Amtsbrüder“ u.a.: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“, worauf die deutschen Bischöfe im Dezember 1965 diplomatisch antworteten. Die SPD setzte später die Idee der „Gemeinsamen Sicherheit“ an die Stelle der „Einseitigen Sicherheit“. „Das augenblickliche Gleichgewicht des Schreckens muss durch ein Gleichgewicht der Vernunft und durch ein Konzept der gemeinsamen Sicherheit ersetzt werden.“ (Brandt 2009: 181)

Olof Palme erarbeitete mit seiner „Unabhängigen internationalen Kommission für Abrüstung und Gemeinsame Sicherheit“ im Auftrag der II. UNO-Sondervollversammlung von 1980 bis 1982 die „Konzeption der Gemeinsamen Sicherheit“. Reformanstrengungen von Gorbatschow („Perestroika“, „Glasnost“) und die Friedensbewegung verstärkten diese Politik (Sönke Neitzel 2020: 344ff.; vgl. auch Erhard Eppler 1996: S. 48)¹¹. Entspannungspolitik war erfolgreich zur Abwendung der weltweiten atomaren Vernichtung im Ost-West-Konflikt im Kalten Krieg nach 1945, besonders nach der Kubakrise 1963. Ein deutsches Beispiel war das 1987 publizierte Grundsatzpapier von SPD und SED „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit.“ Sozialdemokraten und Kommunisten erkannten darin die „Existenzberechtigung“ des jeweils anderen „Gesellschaftssystems“ an Helga Grebing u.a. 2009: 64; vgl. auch Erhard Eppler 1996:

¹¹ Sönke Neitzel 2020 Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, Propyläen, S. 344ff.; S. 48; vgl. auch den Hinweis auf die Forschungen von Thomas Risse, mit weiteren Literaturangaben in dem Aufsatz von Ulrich Frey: Welche Rolle spielte die Friedensbewegung für den Fall der Mauer 1989 und das Ende der Blockkonfrontation? https://www.friedenspfarramt.elk-wue.de/fileadmin/mediapool/gemeinden/E_friedenspfarramt/B02_Friedensethik_Gewissensbildung/2010-04-06_Frey-Rolle_der_Friedensbewegung.pdf (Zugriff 27.3.2025).

174). Bis 1979 vereinbarten die USA und die UdSSR Verträge zur Errichtung eines Rüstungskontrollsystems (z.B. Verbot von Nuklearwaffenversuchen in der Atmosphäre, Atomwaffensperrvertrag, Begrenzung der Zahl der strategischen Waffen und Abwehrsyste-men SALT I, Begrenzung der strategischen Waffensysteme SALT II). Der deutsche Beitrag zur Entspannungspolitik realisierte sich in der „Ostpolitik“ von Willy Brandt. Egon Bahr, außenpolitischer Berater von Willy Brandt, skizzierte sie unter dem Kürzel „Wandel durch Annäherung“. Dazu verhalfen die Gewaltverzichtsverträge mit Polen und der UdSSR (1970). Damit respektierte die BRD die bestehenden Grenzen, ohne sie anzuerkennen. Das Viermächteabkommen regelte 1971 den Zugang nach Westberlin. Diese Verträge führten zum ersten Höhepunkt der Entspannungspolitik, der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ab 1973. Am 18. September 1973 traten die Bundesrepublik und die DDR folglich den Vereinten Nationen bei. Die Schlussakte der KSZE, unterzeichnet am 1. August 1975 von 35 Vertretern aus Ost und West, beendete den Ost-West-Konflikt und regelte Fragen zum Gewaltverzicht, zur Unantastbarkeit der Grenzen, Sicherheit und Menschenrechten und zur Zusammenarbeit (Peter Rudolf/ Gottfried Niedhart 2015: 127ff.).

Es folgte ab 1983 die aufregendste Zeit der deutschen Nachkriegsgeschichte. Sie öffnete den national und international diplomatisch schwierigen Weg zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Wichtige Stationen waren die gewaltfreie Dresdener Demonstration für den Frieden 1983 mit etwa 100.000 Teilnehmenden, Gorbatschows Weigerung, sowjetische Soldaten zur Repression in der DDR einzusetzen (1989), die massenweise Besetzung von Botschaften der Bundesrepublik durch DDR-Bürger z.B. in Prag zur Erzwingung der Ausreise, „Montagsdemonstrationen“ („Wir sind das Volk“) ab 1989. SED-Generalsekretär Erich Honecker trat 1989 zurück. Egon Krenz folgte im Amt. Die SED öffnete die Mauer in Berlin und zur Grenze der Bundesrepublik am 9. November 1989. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) und die DDR waren am Ende.

Die ersten freien demokratischen Wahlen zur Volkskammer am 18. März 1990 bescherten den 16 Millionen Deutschen in der DDR einen Regimewechsel. Der „Zwei und Vier-Vertrag“ der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte von Moskau vom 12. September 1990 „über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ stellte die endgültige innere und äußere Souveränität des vereinten Deutschlands her. Am 3. Oktober 1990 trat die DDR nach dem damals gültigen Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik bei. Die sich durchsetzende Qualifizierung als „Wiedervereinigung“ statt „Vereinigung“ stieß bei historisch kritisch Denkenden, insbesondere in der DDR, auf Ablehnung. Es ging um die Frage, in welchem Format die Vereinigung vollzogen werden sollte: in einer föderalen Struktur unter Fortexistenz der DDR oder in nationaler Einheit. Große Teile der evangelischen Kirchen in der DDR plädierten vergeblich für eine fortbestehende DDR. Das in der Präambel des Grundgesetzes niedergelegte Wiedervereinigungsgebot wurde obsolet, die Präambel und Artikel 23 wurden geändert. Zur Debatte stand - leider ebenfalls vergeblich - eine neue Verfassung anstelle des 1949 als vorläufig angenommenen Grundgesetzes.

Die „Charta von Paris für ein neues Europa“, am 21. November 1990 von 32 europäischen Ländern sowie den USA und Kanada beschlossen, löste Hoffnungen auf ein „Gemeinsames Europäisches Haus Europa“ aus (Details vgl. Corinna Hauswedell 1997: 105ff). Das war die Metapher von Gorbatschows „Neuem Denken“ für ein „Konzept einer friedlichen Welt“ (Corinna Hauswedell 1997: 107ff.). Die Hoffnungen blieben unerfüllt. Eine europäische Friedensordnung von Vancouver bis Wladiwostok kam nicht zustande. Immerhin gelangen die

unbefristete Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages (NPT) (1995), die Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte (1997) und die Gründung des NATO-Russland-Rates (2002).

Die Charta erodierte. Gründe für das Scheitern waren u.a. der russische Afghanistankrieg, schwere antidemokratisch wirksame politische Auseinandersetzungen (z.B. Putschversuch nationalkommunistischer Kräfte gegen Jelzin 1993) und Wirtschaftsprobleme durch die Privatisierung der Wirtschaft in Russland, Kriege und Bürgerkriege im zerfallenden Jugoslawien, die Kündigung oder Nichtratifizierung wichtiger Abrüstungsverträge sowie die Osterweiterung der NATO, die Erweiterung der EU nach Osten und der Versuch, die Ukraine der westlichen Einflussphäre einzugliedern.

Tatsächlich ist das Verhältnis zwischen Russland und dem OSZE-Europa, insbesondere zu Deutschland, heute zerrüttet. Gegenseitiges Vertrauen wurde seit 1990 kontinuierlich zerstört, z.B. durch die Osterweiterung der NATO, den Ukraine-Konflikt ab 2014, die Annexion der Krim und die Affäre Nawalny. Dimitry Trenin, langjähriger Direktor des Carnegie-Moscow-Center und russischer Experte für Außenpolitik, stellte fest: „Russland erwartet nichts mehr von Europa und fühlt sich deshalb auch nicht verpflichtet, auf Europas Standpunkte oder Interessen Rücksicht zu nehmen.“¹² In Russland hat sich seit 2013 ein starkes antiwestliches Feindbild durchgesetzt, das politisch ideologisch verfestigt ist. Im Jahr 2014, als Russland die Krim annektierte und ab dem Beginn des völkerrechtswidrigen Krieges am 24.2.2022 gegen die Ukraine haben Putin und Patriarch Kyrill I. (Russisch-Orthodoxe Kirche) die „Russische-Welt“-Ideologie als Hauptbegründung für die völkerrechtswidrige Invasion vom 24.2.2022 propagiert. Diese Lehre besagt, dass es eine transnationale russische Sphäre oder Zivilisation gibt, die „Heiliges Russland“ oder „Heilige Rus“ genannt wird. Sie umfasst vom Anspruch her Russland, die Ukraine und Weißrussland (und manchmal Moldawien und Kasachstan) sowie ethnische Russen und russischsprachige Menschen in der ganzen Welt. Sie geht davon aus, dass diese „russische Welt“ ein gemeinsames politisches Zentrum (Moskau), ein gemeinsames geistiges Zentrum (Kiew als „Mutter aller Rus“), eine gemeinsame Sprache (Russisch), eine gemeinsame Kirche (die russisch-orthodoxe Kirche unter dem Moskauer Patriarchat) und einen gemeinsamen Patriarchen (den Patriarchen von Moskau) hat, der – dem Konzept der „symphonia“ entsprechend – mit einem gemeinsamen Präsidenten/ Nationalen Führer (Putin) zusammenarbeitet, um diese russische Welt zu regieren und eine gemeinsame, unverwechselbare Spiritualität, Moral und Kultur aufrecht zu erhalten.

Gegen diese „Russische Welt“ steht der korrupte Westen, angeführt von den Vereinigten Staaten und den westeuropäischen Nationen, der vor dem „Liberalismus“, der „Globalisierung“, der „Christenfeindlichkeit“, den in Schwulenparaden propagierten „Rechten von Homosexuellen“ und dem „militanten Säkularismus“ kapituliert hat. Gegenüber dem Westen und denjenigen Orthodoxen, die dem Schisma und dem Irrtum verfallen sind (wie der Ökumenische Patriarch Bartholomäus I. und andere orthodoxe Ortskirchen), stehen das Moskauer Patriarchat und Wladimir Putin da als die wahren Verteidiger der orthodoxen Lehre, die sie im Sinne einer traditionellen Moral, eines rigorosen und unflexiblen Traditionsverständnisses und der Verehrung des Heiligen Russlands verstehen und akzentuieren. Bei einer Reise auf die Krim im Jahre 2017 pries Putin den Zaren Alexander III. (1881-1894) für seinen Einsatz für „nationale Traditionen“. Der Zar habe fest daran geglaubt, „dass es für eine große Nation entscheidend ist, ihre

¹² <https://www.ipg-journal.de/ipg/autorinnen-und-autoren/autor/dmitri-trenin/> (Zugriff nicht mehr möglich).

Identität zu wahren, dass jede Bewegung vorwärts unmöglich ist ohne Respekt für die eigene Geschichte und Kultur und die eigenen spirituellen Werte.“¹³

Das in der russischen Bevölkerung in den 1990er Jahren noch vorhandene Vertrauen in Deutsche und Deutschland ist verschüttet, aber hoffentlich in der Generationenfolge nicht verloren. Die Aktionen besonders der Friedensbewegung von 1985 bis 1991 unter dem Motto »Frieden mit den Völkern der Sowjetunion« als Antwort auf das Leid der Bevölkerung im Vernichtungskrieg schienen seitens der Politik vergessen zu sein. Aus der Zeit gefallen sind offizielle Besuche von Vertretern der Friedensbewegung in Moskau. Stattdessen wurde die „Alternative für Deutschland“ in Person des stellvertretenden Vorsitzenden der AfD, Tino Chrupalla, vom russischen Außenminister Sergej Lawrow empfangen. Initiativen für eine mutige, pragmatische Realpolitik im Sinne einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur und darüber hinaus sind nicht absehbar. Egon Bahrs Formel für Entspannung könnte für die Zukunft übersetzt werden als „Russland nehmen, wie es ist.“¹⁴

Bei der Münchener Sicherheitskonferenz 2025 erklärte der Vizepräsident der USA, J.D. Vance, unmissverständlich die grundsätzliche Differenz der USA zu den Europäern u.a. in Sachen Demokratie und Migration. Zwischen Europa und den USA tat sich eine militärische, wirtschaftspolitische und wertemäßige Spaltung mit geopolitischen Anklängen auf. Die Politik nach dem Slogan „Make America great again“ (MAGA) des Präsidenten Donald Trump zerstört die herkömmliche Weltordnung. Trump zielt z.B. auf eine engere Kooperation der USA mit dem Russland des Präsidenten Wladimir Putin zum Nachteil der Europäischen Union und der Ukraine. Er erhob Ansprüche auf Kanada, das zu Dänemark gehört, und forderte maßgeblichen Einfluss in Palästina. Trump kündigte u.a. das Klimaabkommen und löste die US AID auf. Er führt sich weltweit als ein extrem narzisstischer, kapitalistischer, von Milliarden schweren Oligarchen umgebener ideologisch verdächtiger „Dealmaker“ und lügnerischer Politiker. Zu befürchten ist eine Zerstörung der amerikanischen Demokratie. Welche Folgen er bis zum voraussichtlichen Ende seiner zweiten Amtszeit 2029 zu verantworten hat, können die demokratisch gesinnten Menschen in den USA, Europa und weltweit gegenwärtig nur befürchten. Die Entwicklung der USA, von Russland, China und Europa lässt große geopolitische Probleme erahnen.

5 Was waren die theologischen und friedensethischen Ausgangspositionen? Was gilt heute? Was haben wir gelernt?

Die Fragen von Schuld und Vergebung waren zentrale theologische und friedensethische Themen der Kampagne Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion. Eingangs meines Versuches zu einer Evaluierung (1. Abschnitt) zitierte ich Werner Krusches Erinnerung an die „besondere deutsche Schuld“. Das betrifft die schuldhafte Verstrickung der einzelnen Täter und Verantwortlichen sowie die in der Gemeinschaft ihrer Kirche (Aktion Sühnezeichen Friedensdienste u.a.m. (Hg.): Werner Krusche 1985: 5). Beides ist Gegenstand der folgenden Überlegungen. Beides betrifft mich persönlich.

¹³ Vgl. zum Vorstehenden: Uwe Hallbach: Kirche und Staat in Russland. Nationale und außenpolitische Akzente von Orthodoxie, SWP-Studie 2019/S 08, <https://www.swp-berlin.org/publikation/kirche-und-staat-in-russland-1> (ohne Seitenzahlen) (Zugriff 28.3.2025).

¹⁴ Materialien und Impulse für solche »neue Entspannungspolitik« finden sich unter anderem auf der Website der »Initiative Neue Entspannungspolitik JETZT«. (neue-entspannungspolitik.berlin/).

Wir Deutschen müssen uns ehrlicherweise eingestehen: „Ein Fühlen der wirklichen Schuld im Sinne des Erinnerns und Vergegenwärtigens hat es in Westdeutschland fast nicht gegeben, weder gegenüber den Juden noch gegenüber den Völkern der Sowjetunion“ (Sophinette Becker: 1989: 358.). Nicolai Portugalow, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU, vermisste einen „Kniefall“ „aus der deutschen Seele heraus“ gegenüber der UdSSR. Damit habe Willy Brandt „in der Sturm- und Drangperiode in der Ostpolitik“ (Nicolai Portugalow 1989: 415.) 1970 vor dem Ehrenmal des jüdischen Ghettos in Warschau ein Zeugnis abgelegt.

Werner Krusche stellt unser alltägliches Verständnis von Schuld in Frage. Er hält theologisch nichts davon, Schuld auf die „allgemeine menschliche Schuldhaftigkeit“ zu reduzieren. „Schuld wird nur da wirklich erkannt, wo sie christologisch begriffen ist. Wirkliche Schuldanerkenntnis ist nur da zu gewinnen und auszuhalten, wo der verkündigt, geglaubt und angerufen wird, der in die Solidarität der Schuld eingetreten ist und die Schuld der Welt vollständig und bedingungslos auf sich genommen und sie so aus der Welt geschafft hat“. „Schuldanerkenntnis gibt es nur auf Grund der Gnade Christi.“ Das gilt für den einzelnen peccator (Sünder) und „die Gemeinschaft der peccatores“ in den Kirchen (vgl. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste u.a. (Hg.): Werner Krusche 1985: 7), meiner Einschätzung nach auch allgemein politisch in der mit ihr systemisch verbundenen Gesellschaft.

Der Rat der Evangelischen Kirche bekannte den Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen unter dem Eindruck der Katastrophe des II. Weltkrieges am 18./10. Oktober 1945 im Stuttgarter Schuldbekenntnis: „Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden... Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet und nicht brennender geliebt haben.“ Martin Niemöller, einer der Autoren des Stuttgarter Schuldbekenntnisses, urteilte 12 Jahre später, es habe „keine konstitutive, sondern lediglich eine deklamatorische Bedeutung gehabt“ (vgl. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste u.a. (Hg.): Werner Krusche, 1985: 8F:). Die eigene geschichtlich-politische Schuld der Deutschen wurde in Nachkriegsdeutschland im aufkommenden Ost-West-Gegensatz auf die „Schuld der anderen“ (der alliierten Staaten, Helmut Thielecke) abgewälzt und aufgerechnet, ausgeblendet und auch kirchlich individuell „privatisiert“ und „entpolitisiert“.

Das lud den Ost-Westgegensatz politisch auf: Nationalsozialismus und Kommunismus wurden folglich in gleicher Weise als „totalitäre Systeme“ (Totalitarismustheorie) gewertet. Der kirchlich und gesellschaftlich schlummernde Antikommunismus erwachte. Der „gottlose und menschenfeindliche Kommunismus“ (vgl. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste u.a. (Hg.): Werner Krusche, 1985: 17) „musste mit der westlichen Politik bekämpft werden“. Die Verbrechen in Auschwitz verloren ihre leitende Bedeutung. Dem entgegen forderte das Stuttgarter Schuldbekenntnis - gegen die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus - die „Umkehr“ gegen die Feindschaft, Hass und Vernichtung anderer Völker und Menschen. Erst das „Darmstädter Wort“ des Bruderrates der EKD vom 8. August 1947 präziserte das „schuldhafte Versagen der Kirche mit dem Geständnis „Wir sind in die Irre gegangen“ in vier Aspekten (Traum der besonderen weltgeschichtlichen Sendung, Bündnis der Kirche mit den das Alte konservierenden Mächten, weltanschauliche Frontenbildung (Kampf des Guten gegen das Böse), Blindheit gegenüber der marxistischen Frage nach der Verantwortung zum Zusammenleben der Menschen im Diesseits). Der Rat der EKD übernahm das Darmstädter Wort aber nicht, weil es die Kirche politisierte (vgl. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste u.a. (Hg.): Werner

Krusche, 1985: 10-18; Joachim Perel 1997: 37- 39; Erhard Eppler 1996: 27- 31 und Erhard Eppler 1989: 508 - 521).

Theologisch leuchtete die Ökumenische Versammlung Dresden - Magdeburg - Dresden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (1989) (BEK) die „Umkehr in den Schalom“ aus und bestätigte gleichzeitig das „Darmstädter Wort“ (1947): „Wir bekennen, dass wir in unserer eigenen Geschichte den Kriegen, denen wir im Namen des Evangeliums des Friedens und auch von den Maßstäben der Lehre vom gerechten Krieg her wehren müssen, nicht mit der gebotenen Konsequenz widerstanden haben. Stattdessen haben wir uns tief in Militarismus, Nationalismus, die Legitimation von Krieg und Gewalt und das Freund-Feind-Denken verstrickt ..., haben wir nicht nur unsere Schuldgemeinschaft, sondern auch die konkrete unterschiedliche Schuld des einzelnen ... vor Augen. ... Nur das Eingeständnis eigener Schuld vor Gott ermöglicht Umkehr, nur das Bekenntnis der Schuld vor den Opfern der Gewalt ... eröffnet den Weg der Versöhnung, nur die Erkenntnis der Irrwege schließt die Zukunft auf.“ (Kirchenamt der EKD 1991: 26f.) „Die Umkehr führt ... prophetisch in die Zukunft. Umkehr führt so aus plattem Fortschrittsoptimismus ... ebenso heraus wie aus lähmender Zukunftsangst.“ (Kirchenamt der EKD 1991: 26f.)

Kann die Kirche auch Schuld auf sich laden, wenn sie im Zeitalter der atomaren Massenvernichtungsmitteln die Verwendung von Atomwaffen und die atomare Abschreckung als „noch für vertretbar“ erklärt? Das fragte Werner Krusche drei Jahre nach der Denkschrift von 1981 in seinem Kieler Vortrag 1984 über „Schuld und Vergebung (vgl. Aktion Sühnezeichen Friedensdienste u.a. (Hg.): Werner Krusche, 1985: 22; vgl. auch Kirchenamt der EKD (Hg) 1989: 58ff.). Die deutsche Schuld an den Völkern der Sowjetunion führt also auch zu den aktuellen Problemen der Atomwaffen. Die theologischen und friedensethischen Positionen in den deutschen evangelischen Kirchen waren vom Anfang an bis heute umstritten. Im Zentrum der Argumentation stand das politische und militärische System der atomaren Abschreckung, welches die Friedensbewegungen in der Bundesrepublik und in der DDR strikt ablehnten. „Wir erteilen Geist, Logik und Praxis der auf Massenvernichtungsmitteln gegründeten Abschreckung eine Absage. Eine wirkliche Friedensordnung, die die Sicherheitsinteressen der Völker und Staaten und Staatengemeinschaften gewährleistet, muss auf das untaugliche und unverantwortbare Mittel von Massenvernichtungswaffen endgültig verzichten.“ (Kirchenamt der EKD (Hg) 1989: 59)

Das widersprach deutlich der theologischen und friedensethischen Position der westdeutschen EKD. Diese hatte im Jahre 2001 auf ihre Friedensdenkschrift von 1981 verwiesen, die „auch die Nuklearwaffen in die Aufgabe der Entwicklung einer internationalen Friedensordnung im Sinne einer für Christen ‘noch möglichen Handlungsweise‘ einband“ (Kirchenamt der EKD (Hg.) 2001: 12f.). Die Differenz, mit der die Position des BEK der Position der EKD für das vereinigte Deutschland nachgeordnet wurde, war das Argument eines „situationsbedingten Dilemmas“: „Heute kann und muss darum in der evangelischen Kirche die Verständigung darüber möglich sein, dass eine am Vorrang der politischen Friedensaufgabe orientierte Position, die die Existenz der nuklearen Abschreckung als Mittel auf dem Wege akzeptierte, und einer Position der Absage an die nukleare Abschreckung sich nicht überhaupt als unversöhnliche Gegensätze ausschließen. Sondern – durchaus situationsbedingt – Ausdruck des Dilemmas waren, in das wir durch die militärische Ausgestaltung der Ost-West-Konfrontation gestellt

waren.“¹⁵ So gingen die Gliedkirchen der EKD und die Kirchen des Bunds Evangelischer Kirchen in der DDR (BEK) getrennte Wege. Der Versuch von Helmut Domke, Jochen Garstecki und Hans Misselwitz, früher maßgeblichen Vertretern des BEK und mit breiter Unterstützung aus West- und Ostdeutschland, durch den kirchlichen Aufruf vom 1. Februar 2021 „Ein Nein ohne jedes Ja zur atomaren Abschreckung“ eine Wende der EKD-Position zu erreichen, fand kein Gehör mehr.¹⁶

6 Exkurs zur Historie der Abschreckung

Es begann zur Zeit des Kalten Krieges mit den Heidelberger Thesen (1959) zu den Atomwaffen. These VIII der Denkschrift von 1959 lautete: „Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.“ (Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.) 1982: 83) Die EKD-Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“ (1981) bestätigte diese Aussage unter der Voraussetzung, dass „alle politischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, Kriegsursachen zu verringern, Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbewältigung auszubauen und wirksame Schritte zur Senkung des Rüstungsniveaus zu unternehmen.“ (Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.) 1982: 58) Im Zuge der Debatte um das Leitbild des „gerechten Friedens“ in Ablösung der „Lehre vom gerechten Krieg“ revidierte der Rat der EKD in seiner Denkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007) die ethische Bewertung der Atomwaffen: „Die Tauglichkeit der Strategie der nuklearen Abschreckung ist jedoch in der Gegenwart überhaupt fraglich geworden. Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen heute nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden.“ (Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.) 2007: 103) Die Denkschrift macht die Anwendung einer „rechtserhaltenden (militärischen) Gewalt“ statt dessen von der Beachtung von Prüfkriterien einschließlich des „äußersten Mittels“ (ultima ratio) abhängig (Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.) 2007: 68ff.).

Die Kundgebung der Synode der EKD 2019 „Schritte auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens“ in Dresden forderte nur noch die „völkerrechtliche Ächtung und das Verbot der Atomwaffen“, beließ es aber bei der Abschreckung wie 1981 geschrieben. Das „noch“ der Heidelberger Thesen von 1959 gilt also weiterhin (vgl. Ines-Jacqueline Werkner 2019: 153; Erich Vad 2024: 38).¹⁷ Die Friedensbewegung mischt sich indes weiterhin in die öffentliche Diskussion mit Demonstrationen, Konferenzen und Aufrufen zu Abrüstung, Gerechtigkeit und Klimaschutz ein. Das Motto „Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit“ ist weit verbreitet.

Zu nennen sind u.a. das internationale ökumenische friedenskirchliche Netzwerk „Church and Peace“. Es ruft angesichts aktueller Entwicklungen zu klarer Orientierung an

¹⁵ <https://nein-zur-atomaren-abschreckung.de/> Kirchenamt der EKD (Hrsg.): Schritte auf dem Weg des Friedens, a.a.O., S. 13.

¹⁶ <https://neue-entspannungspolitik.berlin/aufruf-an-die-kirchen-atomwaffenverbot-erfordert-nein-zur-atoma-ren-abschreckung/> (Aufruf 13.4.2025).

¹⁷ Zur Debatte um die Figur der „rechtserhaltende Gewalt“ hat Renke Brahms vorgeschlagen, diese um eine „rechtserzwingende Gewalt“ zu erweitern (Brahms 2023: 149f.); Zu empfehlen sind die Aufsätze in dem Band von Klara Butting und Gerard Minnaard (Hg.) 2024..

Gerechtigkeit und Frieden auf. Ein „dauerhafter und gerechter Frieden setzt die Achtung von Rechtsstaatlichkeit, internationalem Recht und den Einsatz für Klimagerechtigkeit voraus“. ¹⁸ „Ohne Rüstung Leben“ hat gemeinsam mit mehr als 45 Organisationen eine neue Kampagne „Friedensfähig statt Erstchlagsfähig“ gegen neue Mittelstreckenwaffen in Europa begonnen. ¹⁹

7 Fazit

1. Die Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion ist bisher nur ansatzweise unter den sicherheits- und friedenspolitischen Bedingungen der Entspannungspolitik gelungen, in Belarus z.B. durch die Projekte des IBB in Minsk und Trostenez und in Russland durch die Städtepartnerschaft Pskow – Neuss (bis 2022). Die Versöhnung mit Polen gelang bezüglich der Grenzen durch den „Zwei und Vier-Vertrag“ der vier Siegermächte, der BRD und der DDR (1990).
2. Wegen der gegenwärtigen Zerrüttung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Russland ist ein Neuanfang nur dann denkbar, wenn nach einer „Umkehr“ und langwierigen friedensbildenden Bemühungen die festen Feindbilder überwunden sind.
3. Dazu bedarf es der theologischen und gesellschaftspolitischen Arbeit der Kirchen, der Zivilgesellschaft und der Bemühungen der Regierungen.

Ulrich Frey, langjährig aktiv in Friedensbewegung, christlichen Friedensdiensten (u.a. Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF), aktuell: „Projektgruppe Kirchen gegen Atomwaffen“, „Arbeitskreis Frieden in der Evangelischen Kirche im Rheinland“, Martin-Niemöller-Stiftung e.V.

Zum Gedenken an Dietrich Bonhoeffer

„Von guten Mächten wunderbar geborgen erwarten wir getrost, was kommen mag. Gott ist bei uns am Abend und am Morgen und ganz gewiss an jedem neuen Tag.

Noch will das alte unsre Herzen quälen, noch drückt uns böser Tage schwere Last. Ach Herr, gib unsern aufgeschreckten Seelen das Heil, für das du uns geschaffen hast.

Und reichst du uns den schweren Kelch, den bitteren des Leids, gefüllt bis an den höchsten Rand, so nehmen wir ihn dankbar ohne Zittern aus deiner guten und geliebten Hand.

Doch willst du uns noch einmal Freude schenken an dieser Welt und ihrer Sonne Glanz, dann wolln wir des Vergangenen gedenken, und dann gehört dir unser Leben ganz.

Lass warm und hell die Kerzen heute flammen, die du in unsre Dunkelheit gebracht, führ, wenn es sein kann, wieder uns zusammen. Wir wissen es, dein Licht scheint in der Nacht.

Wenn sich die Stille nun tief um uns breitet, so lass uns hören jenen vollen Klang der Welt, die unsichtbar sich um uns weitet, all deiner Kinder hohen Lobgesang.“²⁰

¹⁸ <https://www.church-and-peace.org/2025/03/church-and-peace-ruft-angesichts-aktueller-entwicklungen-zu-klarer-orientierung-an-gerechtigkeit-und-frieden-auf/> (Aufruf 11.4.2025).

¹⁹ Ohne Rüstung Leben, „Informationen“ Nr. 191/2025-1, Stuttgart.

²⁰ Aus einem Brief vom 19.12.1944 aus dem Gefängnis an seine Verlobte und Familie. (EG Nr. 652).

Dietrich Bonhoeffer wurde am 9. April 1945 als persönlicher Gefangener Hitlers im KZ Flossenbürg gehängt.

13. April 2025

Ulrich Frey

Literatur

AGDF (Hg.) 1990: Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion, Bonn.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste u.a.m. (Hg.) 1985: Werner Krusche: Schuld und Vergebung. Der Grund christlichen Friedenshandelns, Berlin.

Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen und Lippe u.a. 1987: Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion. Eine Thesenreihe, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn.

Becker, Sophinette 1989: Der Umgang der Deutschen in der Bundesrepublik mit Krieg und Verbrechen in der Sowjetunion, in: Dietrich Goldschmidt (Hg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh.

Brahms, Renke 2023: Allein der Frieden. Friedenstheologische und friedenethische Perspektiven, Leipzig.

Brandt, Willy 2009: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982 – 1992, Dietz.

Butting, Klara/ Minnaard, Gerard (Hg.) 2024: Der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft. Biblische Grundlagen, Uelzen, Erev-Rav.

Diedrich, Hans-Christian 1989: Eine Geschichte voller Widersprüche. "Russen" und Deutsche vom Mittelalter bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Goldschmidt, Dietrich (Hrsg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh.

Eppler, Erhard 1989: Die Totalitarismustheorie und ihre Wirkung auf unser Verhältnis zur Sowjetunion. In: Dietrich Goldschmidt (Hg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh.

Eppler, Erhard 1996: Komplettes Stückwerk. Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik. Insel-Verlag.

Eppler, Erhard 1989: Die Totalitarismustheorie und ihre Wirkung auf unser Verhältnis zur Sowjetunion. In: Goldschmidt, Dietrich (Hg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh 1989.

Evangelische Akademie Baden 1987: Konsultation der landeskirchlichen Friedensausschüsse und der christlichen Friedensdienste in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Baden 17.-19. März 1987: Friede mit der Sowjetunion. Beiträge zur Aussöhnung, Herrenalber Protokolle 43.

Frey, Ulrich 1989: Weshalb eine bundesdeutsch-sowjetische Friedenswoche? In: Rundbrief Koordinationsausschuss der Friedensbewegung, Sonderausgabe „Das Denken modernisieren, Frieden gemeinsam schaffen“, Ordner AGDF I 1966 – 1993, 1989/2.

Goldschmidt, Dietrich (Hg.) 1989: Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh 1989.

Grebing, Helga u.a. 2009: Einleitung. In: Willy Brandt: Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982 – 1992, Dietz

Hauswedell, Corinna 1997: Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedensforschung und wissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren, Nomos,

Hellbeck, Jochen 2025: Ein Krieg wie kein anderer. Der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Eine Revision, S. Fischer, Frankfurt/M.

Kirchenamt der EKD (Hg.) 1991: Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, Dresden - Magdeburg - Dresden, Texte 38, Hannover.

Kirchenamt der EKD (Hg.) 2001: Schritte auf dem Weg des Friedens. Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik. Ein Beitrag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, 3. um eine Aktualisierung ergänzte Auflage, Hannover.

Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.) 1982: Frieden wahren, fördern und erneuern. Gütersloh.

Martin-Niemöller-Stiftung (Hg.) 2002: Die Arbeit der Martin-Niemöller-Stiftung. „Streiten für den Menschen“, S. 18-30.

Müller, Rolf-Dieter 1989: Von Brest-Litowsk bis um „Unternehmen Barbarossa“. In: Goldschmidt, Dietrich (Hg.) 1989.

Neitzel, Sönke 2020: Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte, Propyläen.

Joachim Perels 1997: Der Bruch mit der blinden Treue zur Obrigkeit. Wir haben ... die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen. In: Martin-Niemöller-Stiftung e.V. u.a. (Hg.): Irrwege verlassen. 50 Jahre nach dem Darmstädter Wort. Dokumentation der Tagung vom 10.-12. Oktober 1997 in Berlin-Dahlem, Wiesbaden.

Portugalow, Nicolai 1989: Versöhnung mit den Völkern der Sowjetunion. In: Goldschmidt, Dietrich (Hg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh.

Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.) 2007: Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, Gütersloh.

Rudolf, Peter / Niedhart, Gottfried 2015: Entspannung/ Entspannungspolitik In: Nohlen, Dieter / Grotz, Florian (Hg.): Kleines Lexikon der Politik, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2015.

Streit, Christian 1989: Sowjetische Kriegsgefangene – Massendeportationen – Zwangsarbeiter, in: Dietrich Goldschmidt (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, GTB-Sachbuch.

Vad, Erich 2024: Ernstfall Deutschland. Ein Handbuch gegen den Krieg, Westend.

Werkner, Ines-Jacqueline 2019: Neue friedensethische Herausforderungen. In: Kirchenamt der EKD: Auf dem Weg zu einer Kirche der Gerechtigkeit und des Friedens. Ein friedentheologisches Lesebuch, Leipzig.

Wette, Wolfram 1989: Der Krieg des Deutschen Reiches gegen die Sowjetunion. In: Goldschmidt, Dietrich (Hg.): Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe, Gütersloh.

Wette, Wolfram 2002: Die Wehrmacht. Feindbilder Vernichtungskrieg Legenden, Büchergilde Gutenberg.